

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugspreise bei täglich zweimaliger Ausgabe mindestens RM. 200 (einfachlich 10 Pfg. für Trägerkarte), durch Postbeamte RM. 2,00 (einfachlich 10 Pfg. Belegschaft ohne Verkaufserlaubnis); bei Sechstausend wöchentlichem Verlauf. Abgeltung 10 Pfg.

Druck u. Verlag: Lipsch & Reichardt, Dresden-II, I, Marienstraße 38/32. Fernaus 25251. Postcheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden.

Wiedergabezeit: 30 min vorliegende Ausgabe 40 Pfg. Rücksicht auf Rechte nach Tz. Familienanzeigen und Stellungnahme erlaubt. Werbe. Off.-Werbe 20 Pfg. — Redundanz mit Zustimmung des Dresdner Richters. Unverlangte Schriftsätze werden nicht aufbewahrt.

Englische Gerüchte über Pariser Ruhrpläne Fabrikzerstörungen als Sanktionen

London, 28. Mai. Der diplomatische Mitarbeiter des "Sunday Express" teilt mit, daß die französische Regierung eingeschloßne Pläne für die sofortige Belohnung der Ruhr und Verhinderung von dort gelegenen Fabriken für den Fall fertiggestellt hat, daß Sanktionen gegen Deutschland zur Anwendung gebracht werden sollen. Die Pläne seien bereits vor etwa fünf Monaten fertiggestellt gewesen. Die Franzosen seien in dem Augenblick, als Hitler seine persönliche Stellung in Reichstag gehalten und versprochen habe, von einer Wiedereröffnung während der nächsten fünf Jahre Abstand zu nehmen, im Begriff gewesen, diesen Plan zur Durchführung zu bringen.

französische Offiziere hätten bereits genaue Anweisungen für die Versetzung von Fabriken und Maschinen erhalten, um auf ein Menschenalter hinweg jede industrielle Tätigkeit im Industriegebiet unmöglich zu machen.

Diese Anweisungen seien noch nicht aufgehoben, sondern könnten jederzeit, wenn Frankreich den Augenblick für angebracht halte, durchgeführt werden. England werde voranschließlich auf Frankreich einen Druck ausüben, dies nicht zu tun. Frankreich wolle die Rüwendigkeit von Sanktionen darum begründen, daß erneut Deutschland keine Rücksichtspflichten gemäß dem Youngplan nicht erfüllt habe, und zweitens militärische Formationen innerhalb der ehemaligen Republikanischen Grenzen erschaffen seien. — Das Verhältnis ist so unwahrscheinlich, daß man eine ähnliche französische Stellungnahme dazu wohl erwarten darf.

Vor Abschluß des Viermächtepaktes?

London, 29. Mai. Der diplomatische Mitarbeiter des "Observer" meldet, daß es gelungen sei, eine neue Grundlage für den Viermächtepakt zu finden. Man glaube daher

in London, daß im Laufe der nächsten Tage eine Einigung auf dieser Grundlage zustande kommen werde. Die "Sunday Times" ist der Ansicht, daß eine Einigung schon zustande gekommen sei. Paris werde den neuen Text den Polen und den Staaten der Kleinen Entente mitteilen und könne am Dienstag im Falle der Antwort sein, so daß dann noch im Laufe dieser Woche die Unterzeichnung des Vertrages erfolgen könne. — Der Vat. scheint vor:

Zusammenarbeit der vier Großmächte für die Sache des Friedens; die anderen Staaten sollten veranlaßt werden, mit den vier Großmächten für denselben Zweck zusammenzuarbeiten.

Die Vertragsdauer laute auf zehn Jahre. Während dieser Zeit sollten Fragen wie die Gleichberechtigung für Österreich, Ungarn und Bulgarien und Vertragstreitigkeiten innerhalb des Rahmenwerkes des Völkerbundes in Erwägung gezogen werden.

Französischer Vorstoß gegen die Schwachgesetzten

Genf, 29. Mai. Im Waffenhandelsausschuß hat die französische Delegation heute einen Antrag eingebracht, der darauf hinausgeht, die schwach gestützten Staaten, also auch Deutschland, vom Rüstungsmarsch fernzuhalten.

Eine längere Prozedurdebatte entspannt sich über zwei prinzipielle Streitpunkte, nämlich über die Frage 1. ob die private Waffenherstellung verboten werden soll;

2. ob die Fabrikation und der Handel internationalisiert werden sollen. Eine Entscheidung ist noch nicht getroffen.

Die künftige Politik Danzigs

Dr. Rauchning spricht in Berlin

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 29. Mai. Der Führer des Danziger Landtages, Dr. Rauchning, der als künftiger Senatspräsident der Freien Stadt vorgesehen ist, äußerte sich heute vor Vertretern der reichsdeutschen Presse über den Danziger Wahlkampf, und das, was im Interesse Danzigs nunmehr unbedingt sofort geschehen müsse. Dr. Rauchning wies zunächst darauf hin, daß die Nationalsozialisten die Mehrheit im Wahltag haben und damit die Regierung für sich bestimmen könnten. Dies werde der Weg sein müssen, auf dem man zu praktischer Arbeit gelange. Troy des schweren Kampfes, in dem in Danzig seit dem Herbst vergangenen Jahres Nationalsozialisten und Deutschnationale standen, seien die Nationalsozialisten

bereit, alles, was in der Vergangenheit liege, zu versetzen und auch in Danzig noch nachdrücklich eine nationale Front herzustellen.

Wenn sich einer solchen Front dann noch das Danziger Zentrum anschließe, dann habe man eine ausreichende Mehrheit für alle notwendigen Maßnahmen. Dr. Rauchning betonte aber, daß sich die Nationalsozialisten keine Bedingungen diktionieren lassen würden. Von den Parteien eines solchen Bündnisses werde man verlangen müssen, daß sie die großen Ideen und Leitgedanken des Nationalsozialismus sich zu eigen machen. Die Nationalsozialisten wollten in Danzig durchaus

seine Umfänge und Umwälzungen

vornehmen. Sie erachteten es vielmehr für notwendig, die Verfassung und die bestehenden Verträge einzuhalten, trotzdem nämlich die letzteren für Danzig gänzlich untragbar seien. Im gegenwärtigen Augenblick seien diese Verträge aber nicht ein Swang, sondern auch eine Machtsgrundlage, auf der man die Unabhängigkeit Danzigs wahren könne. Die verfassungsändernden Maßnahmen, die im Reich vorgenommen worden seien, würden in Danzig aussehen. Man würde

lediglich auf dem Wege der ordnungsmäßigen Gesetzgebung

vorgehen. Auch der Artikelparagraph für die Beamtenwahl würde nicht in Betracht gezogen werden. Der Vortragende ging dann in weiteren Ausführungen auf den schweren Kampf ein, in dem die Nationalsozialisten ihren Sieg erlitten haben. Man hätte gegen eine läckenlos geschlossene Front von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten zu kämpfen gehabt. Die Stellung der Deutschnationalen in Danzig sei eine andere gewesen als die der Deutschnationalen im Reich. Im Herbst des letzten Jahres, etwa seit August, seien in Danzig die Ränke zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten ein, die sich seitdem zu verschärften, eine Verschärfung, die durch die Taktik des Senats noch größer wurde. Dazu kam auch die

schwere außenpolitische Bedrohung, unter der die Nationalsozialisten ihren Kampf führen mußten.

Ihr Sieg sei darum ein solcher reinsten geistigen Kampfes. Das Ergebnis des 5. März in Deutschland sei dadurch in allererster Weise bestätigt worden. Die Polen legten alle Hebel in Bewegung, um einen Wahlerfolg der Nationalsozialisten zu verhindern. So wurde erklärt, daß sie sofort nach einem Wahlsieg der Nationalsozialisten in Danzig einzäumen würden. Noch am Wahlgangtag fand in Gdingen das von den Polen veranstaltete Fest des Meeres statt, zu dem Tausende von Legionären erschienen waren. Unter einem solchen Druck sich zum Nationalsozialismus zu bekehnen, sei, so betonte Dr. Rauchning, wie hart und groß der Sieg der nationalsozialistischen Idee auch in Danzig ist. Selbst von amtlicher Seite wurde die Mitteilung, daß die Polen einmarschierten könnten, fortgesetzt. Während in der Stadt Danzig selbst der Marxismus nicht vernichtet geschlagen werden konnte, erlitt er auf dem Lande eine schwere Niederlage. Den ungünstlichen Kampf zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten führt Dr. Rauchning vor allem darauf zurück, daß man in Danzig nicht wie im Reich in einer Oppositionsfamilie lebte. Als seit dem Herbst des letzten Jahres die Nationalsozialisten immer wieder Rauwahlen zum Senat forderten, lehnten die Deutschnationalen dies als Angriff auf die außenpolitische Sicherheit Danzigs ab. Die Dinge spitzten sich so zu, daß Dr. Rauchning selbst seit dem September 1932 nicht mehr vom Senat empfangen und der Landtage als Organisation des Landestages nicht mehr gehörte.

Trotzdem die Nationalsozialisten nach dem 30. Januar die Hand zu einem Bunde geboten hatten, lehnten die Deutschnationalen es ab, mit ihnen zusammenzugehen, und erklärten, eine Kondition des Verhältnisses wäre nicht wünschenswert. Allerdings billigt Dr. Rauchning dem Danziger Senat zu, daß man

in Danzig bereits eine deutschnationale Regierung hatte, als im Reich noch der Marxismus herrschte.

Dr. Rauchning wies in diesem Zusammenhang auf die mustergültige Disziplin hin, die die NSDAP in Danzig trotz der Provokationen von allen Seiten durchgehalten habe. Allerdings dürfte man die Disziplin der NSDAP, durch eine Hinwendung der Regierungsbildung nicht auf eine überhebliche Probe stellen. Wenn der Senat die Regierungsbildung verzögern sollte, so könnte sich für Danzig eine schwere Gefahr ergeben. Ein Zustand des Friedens ist nur zu gewährleisten auf dem

Grundzirkel der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Rücksicht.

Wenn wir bereit sind, mit Polen eine Generalvereinigung aller schwierigen Fragen vorzunehmen, so muß dieser Willen und diese Friedensbereitschaft auch auf der anderen Seite vorhanden sein. Die Bereitschaft zum Frieden ist aber nicht gleichzeitig eine Bereitschaft zur Unterwerfung. Die wesentlichen Probleme sind noch nicht gelöst. Grundsätzlich sind ja wie in einer umfassenden

Generalvereinigung aller schwierigen Fragen bereit. Die Wirtschaftslage in Danzig ist noch schwieriger als in Deutschland. Es wird daher notwendig sein, daß von staatlicher Seite eine gewisse Zeitung oder Führung versucht wird. Das wesentliche Aufgabenziel liegt dort, wo ein Instrument gefunden werden muß zur Kooperation der einzelnen Wirtschaftskreise. Deshalb wollen wir eine sogenannte Hauptberufskammer schaffen. Als Selbstverwaltungkörper soll diese Institution Aufgaben erfüllen, die der Staat wegen seiner internationalen Bindungen und dergleichen mehr nicht erfüllen kann. Wir können unsere Verfassung nicht ändern, aber wir können wohl eine Form finden, die für die Volksgemeinschaft zum mindesten wirtschaftlich einen tragbaren Aufbau abgibt. Gerechtsame werden auf diese Weise delegiert an reine Verwaltungsbürokratie. So werden auch staatliche Präsidenten in diese Wirtschaftskammer eingesetzt werden. Damit

erübrigen sich alle Eingriffe nichtbefugter Elemente in die Wirtschaft.

Wir sind nicht der Überzeugung, daß wir mit einer Handbewegung die gewaltigen Schwierigkeiten in Danzig von heute auf morgen beseitigen können. Wir müssen bei allen Maßnahmen überaus vorsichtig sein. Wir werden aber die Schwierigkeiten meistern und wir werden die wirtschaftliche Existenz und die wirtschaftliche Freiheit Danzigs erhalten können.

Die endgültige Mandatsverteilung in Danzig

Danzig, 29. Mai. Nach der vorläufigen amtlichen Verordnung verteilen sich die Mandate des neuen Danziger Volksrates wie folgt (in Klammern die bisherige Mandatsverteilung):

Nationalsozialisten 88 (18);
Sozialdemokraten 18 (19);
Kommunisten 5 (7);
Zentrum 10 (11);
Schwarz-Weiß-Liste 4 (10);
Polen 2 (2).

Der Eindruck in Genf

Von unserem nach Genf entsandten W.-H.-Sonderberichterstatter

Genf, 29. Mai. Der Sieg der Nationalsozialisten in Danzig hat die politisch-französischen Kreise, die in Genf schon seit einiger Zeit das Eingreifen des Völkerbundes in die Danziger Angelegenheiten vorbereiten suchen, in gewisse Verlegenheit gebracht. An der völligen Segregation einer nationalsozialistischen Regierung und an der Willensrichtung der Danziger Bevölkerung selbst kann nun nicht mehr ge zweifelt werden. Um so wichtiger ist man gegen den Oberkommissar Rosling, der die Entwicklung nicht verhindert hat. Trotzdem wird man weiter mit Ver suchen rechnen müssen, aber den Völkerbund Einfluss auf Danzig auszuüben, ähnlich wie dies kürzlich hinsichtlich des Saar gebietes geschehen ist. Die französisch-polnischen Propagandabücher in Genf lassen diese Tendenzen deutlich erkennen. Ganz unverblümmt werben hier schon seit einiger Zeit Maßnahmen gegen den Nationalsozialismus in Danzig verlangt. Besonders auch gegen die Beziehungen zwischen dem Nationalsozialismus im Reich und im Freistaat.

Auch die deutsche Einzelgesperre gegen Österreich wird hier in internationalem Kreise viel beworben. Die Ansichten gehen darüber auseinander, ob die österreichische Verbindung gegen Polen, der dem Staat die deutsche Verordnung gebracht hat, oder der Krieg über Deutschland letzten Endes großer sein werden. Daß man im französischen Lager die Bruderkampf mit größter innerer Befriedigung begrüßt und das Feuer noch nach Möglichkeit führt, versteht sich von selbst.

Wahlen in einer Saargemeinde

Absolute Mehrheit der NSDAP.

Nalbach, 29. Mai. Gestern fanden in Nalbach (Kreis Saarland) die Gemeinderatswahlen statt. Da vor der Volksabstimmung keine allgemeinen Wahlen mehr stattfanden, durfte das Ergebnis über den tatsächlichen Rahmen hinaus bestimmt werden. Es erhielten: NSDAP 602 Stimmen, 11 Sige (1932: 88 Stimmen, 1 Sige); Zentrum 399 Stimmen, 6 Sige (178 Stimmen, 10 Sige); Wirtschaftspartei 102 Stimmen, 1 Sige (238 Stimmen, 24 Sige); Sozialistische Arbeiterpartei 74 Stimmen, 1 Sige (158 Stimmen, 2 Sige); SPD 58 Stimmen, 1 Sige (108 Stimmen, 1 Sige); SP 61 Stimmen, 1 Sige (180 Stimmen, 4 Sige).

Die NSDAP, die bisher nur einen Sige im Gemeinderat inne hatte, verfügt nunmehr mit 11 von 21 Sigen über die absolute Mehrheit.

In dieser Nummer beginnt
unser neuer Roman

